

FRAKTIONSINFO

SPD IN DER BVV PANKOW

Inhalt

BVV-Sitzung am 15. Juli 2009: Anträge der SPD-Fraktion	Seite 1
Große Anfrage: Konflikt um „Marthashof“	Seite 5
Pressemitteilungen:	
Mehr Sicherheit durch Schulcampus (17.06.09)	Seite 5
SPD will mehr Kleingärten in Pankow (17.06.09)	Seite 5

BVV-Sitzung am 15. Juli 2009 **Anträge der SPD-Fraktion**

Zur 26. Sitzung des Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow am 15. Juli 2009 bringt die SPD-Fraktion acht Anträge ein: zur Klärung der Situation der Anlage Schildow-Waldeck (Drs. VI-0832), die Entwicklung eines Konzepts für das Kulturensemble Thälmannpark (VI-0841), zu Fahrradkursen für Frauen mit Migrationshintergrund (VI-0833), zur Übernahme des Online-Projekts „Maerker“ (VI-0830), zu mehr Bürgernähe durch einen Rückrufservice des Bezirksamtes (VI-0831), zur sozial abgesicherten Sanierung des Humannplatzes (VI-0828), zur Forderung nach blockweisen Bebauungsplänen in den Sanierungsgebieten (VI-0827) sowie zu mehr Verkehrssicherheit im südlichen Bereich des U-Bahnhofs Pankow (VI-0829).

Situation der Anlage Schildow-Waldeck endlich klären

Die SPD-Fraktion setzt sich für die Entwicklung und Erschließung der Anlage Schildow-Waldeck in enger Abstimmung mit dem Liegenschaftsfonds ein. Mit dem Antrag legt sie dafür Rahmenbedingungen vor. Dazu gehört, dass die Bewohnerinnen und Bewohner der Anlage durch einen entsprechenden Beschluss ihre Bereitschaft erklären, die Entwicklung und Erschließung des Areals in Eigenregie und auf eigene Kosten durchzuführen. Ferner ist eine juristische Person, zum Beispiel ein zu gründender Verein, als Partner für die Verhandlungen mit dem Liegenschaftsfonds nötig, die auch die Gesamtfinanzierung der Erschließung sicherstellt. Vor Beginn der Erschließung überträgt der Liegenschaftsfonds die dafür benötigten Flächen auf diesen Vertragspartner. Gemeinsam mit dem Liegenschaftsfonds und dem zu gründenden Verein prüft das Bezirksamt dann Wege zur Sicherung des Baurechts als Wohnanlage. In diesem Zusammenhang wäre die Finanzierung eines Bebauungsplans durch einen städtebaulichen Vertrag oder eine so genannte „Innenbereichssatzung“ denkbar. Für den Bezirk dürfen auf keinen Fall Kosten anfallen.

Zusammen mit dem Liegenschaftsfonds soll das Bezirksamt die bei der Erschließung der Anlage „Rennbahn“ gemachten Erfahrungen auswerten und gegebenenfalls für das Verfahren bei der Anlage „Schildow-Waldeck“ nutzen. Ziel soll sein, im Rahmen der Möglichkeiten ein für die Bewohnerinnen und Bewohner kostengünstigen Lösungsweg zu finden. Das Bezirksamt wird des Weiteren ersucht, gemeinsam mit dem Liegenschaftsfonds Angebote für Parzellennutzerinnen und -nutzer zu schaffen, die weiter

an einer kleingärtnerischen oder Erholungsnutzung interessiert sind. Dabei kann es sich auch um Ersatzstandorte handeln. Solange die Erschließung der Anlage nicht abgesichert ist, soll das Bezirksamt Parzellenverkäufen außerhalb bestehender Rechtsansprüche nach dem Sachenrechtsbereinigungsgesetz nicht zustimmen; für die Zeit nach Abschluss der Erschließung stellt das Bezirksamt eine derartige Zustimmung in Aussicht.

Konzept für Kulturensemble Thälmannpark entwickeln

Das Kulturensemble Thälmannpark ist dringend sanierungsbedürftig, um es als Kulturstandort im Bezirk zu erhalten. Hinzu kommt, dass mit dem Beschluss VI-0599 „Umwidmung des Kinder- und Jugendkulturzentrums Eliashof“ das Bezirksamt ersucht wurde, es als Ausweichstandort für die noch im Eliashof ansässigen Projekte und Initiativen zu prüfen. Dieses ist aus Sicht der SPD-Fraktion bisher nicht mit der notwendigen Zielorientiertheit erfolgt. Deshalb beantragt sie gemeinsam mit der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen einen Beschluss zur bald möglichen Umsetzung von geeigneten Maßnahmen.

In dem Antrag wird das Bezirksamt ersucht, unverzüglich zur Weiterentwicklung des Kulturensembles am Thälmannpark eine externe Konzeption in Auftrag zu geben. Die Attraktivitätssteigerung und Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Standortes im Rahmen der Kosten-Leistungsrechnung ist ebenso wie das Erfassen seiner kulturellen und wirtschaftlichen Potenziale Ziel dieser Konzeption. Dabei ist die räumliche Unterbringung der derzeit noch im Kinder- und Jugendkulturzentrum Eliashof ansässigen Initiativen zu berücksichtigen. Die bereits in dem Kulturensemble ansässigen Kulturangebote sind unbedingt weiterzuentwickeln.

Das Bezirksamt wird ferner ersucht, die am Standort Thälmannpark ansässige(n) LuV- und Amtsleitung(en) in andere Verwaltungsgebäude des Bezirks zu verlagern und der BVV bis zu seiner Sitzung am 23. September 2009 einen konkreten Vorschlag hierzu zu unterbreiten. Des Weiteren wird es ersucht, ein externes bauliches Gutachten zum Thälmannparkensemble in Auftrag zu geben. Dieses soll den räumlichen, baulichen, technischen und akustischen Sanierungs- und Modernisierungsaufwand detailliert aufzeigen und mögliche Varianten benennen. Das Bezirksamt soll sich umgehend für eine Finanzierung von Konzeption und Gutachten bei der Senatsverwaltung für Kultur und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung einsetzen. Auf Basis der Gesamtkonzeption sollen Vorschläge für ein Marketingkonzept sowie ein zukünftiges Standortmanagement entwickelt werden. Das zu entwickelnde Konzept sowie das bauliche Gutachten sollen der BVV in Abstimmung mit der eingerichteten Projektgruppe spätestens bis zur 28. Tagung am 11. November 2009 vorgelegt werden. Danach unterbreitet das Bezirksamt bis Dezember 2009 konkrete Vorschläge für alternative Standorte für diejenigen Angebote, die möglicherweise im Ergebnis keinen Platz im Thälmannpark finden können.

Fahrradkurse für Frauen mit Migrationshintergrund

Fahrradkurse für Frauen mit Migrationshintergrund werden zur Förderung des Integrationsprozesses von Migrantinnen in verschiedenen Städten, so zum Beispiel in Bremen, Braunschweig, Cuxhaven, Oldenburg und Nürnberg, mit großem Erfolg durchgeführt. Auch in Berlin gibt es bereits derartige Angebote. Die SPD-Fraktion fordert in ihrem Antrag, gemeinsam mit freien Trägern solche Kurse im Bezirk Pankow anzuregen. Die Idee stammt aus den „Pankower Thesen zur Integration“ des SPD-Kreises NordOst.

Während es hierzulande selbstverständlich ist, dass Mädchen und Jungen das Radfahren bereits in früher Kindheit lernen, hatten Migrantinnen dazu vielfach bis ins

Erwachsenenalter aus verschiedenen Gründen keine Möglichkeit. Neben dem praktischen Erlernen des Radfahrens sowie der Aneignung allgemeiner Verkehrsregeln hilft der Fahrradkurs ihr Selbstwertgefühl zu stärken und ihre Mobilität zu fördern. Die Kurse ermöglichen den Teilnehmerinnen, Kontakte und Freundschaften zu den anderen Kursteilnehmerinnen zu knüpfen und sich mit ihnen über Fragen des täglichen Lebens auszutauschen. Als Kooperationspartner kommen unter anderem die Volkshochschule, die Polizei sowie freie Träger in Betracht. Andernorts wurden und werden derartige Projekte vom LOS (Lokales Kapital für Soziale Zwecke des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – BMFSFJ) und dem Europäischen Sozialfond (ESF) gefördert.

Bessere Kommunikation bei Mängeln im öffentlichen Raum

Mit dem Online-Dienst „Maerker“ erprobt Brandenburg einen Dienst, der Bürgerinnen und Bürgern eine direkte Kommunikation mit der Kommunalverwaltung ermöglicht. Dabei liegt der Fokus auf festgestellten Mängeln im öffentlichen Raum. Dieser Ansatz ist nachahmenswert, findet die SPD-Fraktion und beantragt deshalb, dass sich das Bezirksamt gegenüber dem Senat und im Rat der Bürgermeister dafür einsetzt, ein ähnliches onlinebasiertes Angebot für die Berlinerinnen und Berliner zu schaffen. Sollte der Senat hierzu ein Pilotprojekt initiieren, ist das Bezirksamt aufgefordert, sich daran zu beteiligen.

Mehr Bürgernähe durch Rückrufservice

Mehr Service und mehr Bürgernähe – das sieht ein Prüfauftrag der SPD-Fraktion an das Bezirksamt vor. Ziel ist es, einen Rückrufservice für Bürgerinnen und Bürger einzurichten, wenn das Amt kurzfristig nicht erreichbar ist. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirksamtes sind während der öffentlichen Sprechstunden telefonisch oft nur schwer zu fassen. Dieser Service soll auch automatisch angewählt werden, wenn zum Beispiel ein Anschluss besetzt ist. Der einzurichtende Rückrufservice bedeutet daher eine erhebliche Erleichterung für die Bürgerinnen und Bürger.

Für die SPD-Fraktion ist die telefonische Erreichbarkeit der Ämter ein zentrales Moment der serviceorientierten Dienstleistung der öffentlichen Hand. Durch ein Telefonat kann der Gang zum Amt besser vorbereitet oder oft auch gänzlich vermieden werden. Dies bedeutet eine Entlastung sowohl für das Amt als auch für die Bürgerinnen und Bürger. Zunächst soll der Service exemplarisch auf das Standesamt beschränkt sein.

Das Ergebnis der Prüfung ist dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Eingaben, Wohnen, Bürgerdienste und Geschäftsordnung vorzulegen, der über das weitere fachliche Vorgehen entscheiden soll. Hierbei sind auch die finanziellen Auswirkungen hinsichtlich der bereitzustellenden Technik und der Kosten-Leistungsrechnung unbedingt zu berücksichtigen. Vor Abgabe eines Schlussberichts ist daher auch der Ausschuss für Finanzen, Immobilienmanagement und Personal zu hören.

Humannplatz sozial abgesichert sanieren

Der Antrag der SPD-Fraktion fordert das Bezirksamt auf, für das Gebiet der Erhaltungsverordnung Humannplatz zu prüfen, ob und wie durch eine Umstrukturierungssatzung (§ 172 Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 BauGB und § 172 Absatz 5 BauGB) den sozialen Belangen der Bestandsmieter bei Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen Rechnung getragen werden kann. Eine Darstellung der Vor- und Nachteile solch einer Umstrukturierungssatzung im Vergleich zu der bereits für einen

Teilbereich beschlossenen Milieuschutzsatzung soll ebenfalls Bestandteil der Prüfung sein.

Mit der Aufnahme in das Programm städtebaulicher Denkmalschutz und der Erstellung eines Integrierten Stadtentwicklungskonzepts für den Bereich Humannplatz werden die Voraussetzungen für geförderte Investitionen im öffentlichen Raum und in die öffentliche Infrastruktur geschaffen. Dadurch können Missstände in dem Quartier beseitigt werden, das insgesamt eine Aufwertung erfährt. Ziel ist auch, dass Eigentümer zum Beispiel durch Modernisierungsmaßnahmen in ihre Wohngebäude investieren.

Die zu begrüßende positive Quartiersentwicklung darf aber nicht zu einer Verdrängung der angestammten Bevölkerung führen. In der Grünen Stadt hat sich die Umstrukturierungssatzung als geeignetes Instrument zum Schutz der Bestandsmieter erwiesen. Das Bezirksamt soll dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung vor Abgabe eines Schlussberichts bis zum 1. November 2009 einen Vorschlag für das weitere Verfahren unterbreiten.

Forderung nach blockweisen Bebauungsplänen

Die Beratung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung am 25. Juni 2009 hat gezeigt, dass zweifelsfrei die Ziele für die auslaufenden Sanierungsgebiete gesichert werden müssen. Mit ihrem Antrag im Ergebnis der Ausschusssitzung fordert die SPD-Fraktion jedoch eine Änderung des Beschlusses „Sanierungsziele langfristig planungsrechtlich sichern“ (VI-0495) vom November 2008. So soll die BVV die Auffassung des Bezirksamtes stützen und blockweisen Bebauungsplänen den Vorrang vor großmaßstäblichen Bebauungsplänen einräumen. Das Bezirksamt wird gleichzeitig aufgefordert, zügig blockweise Bebauungspläne für die noch laufenden Sanierungsgebiete aufzustellen sowie deren Aufstellung für das ausgelaufene Sanierungsgebiet Kollwitzplatz zu prüfen.

Des Weiteren soll daran festgehalten werden, flächendeckend Bebauungspläne in den Sanierungsgebieten aufzustellen. Dies soll zum Beispiel schutzwürdige Flächen vor einer Nachverdichtung schützen. Die Nutzungsmischung soll erhalten und die Umnutzung von Wohnungen in Gewerbe ausgeschlossen werden. Die SPD-Fraktion ist von der Notwendigkeit überzeugt, jetzt flächendeckend die Art der Nutzung der jeweiligen Grundstücke festzulegen. Geschieht dies nicht, besteht die Gefahr, dass Wohnungen in teurer zu vermietende Gewerbe- oder Büroeinheiten umgewandelt werden. Dadurch würden sozial schwächere Mieter unter Druck geraten. Hinzu kommt, dass einerseits die Bindungen für geförderte Wohnungen in den nächsten Jahren nach und nach auslaufen. Nebeneffekt für den Bezirk: Durch die parallele Aufstellung zahlreicher Bebauungspläne könnten Kostenvorteile im System der Kosten-Leistungsrechnung erzielt werden.

Mehr Verkehrssicherheit am U-Bahnhof Pankow

Das Verkehrsaufkommen im Kreuzungsbereich Granitz-, Kissingen- und Berliner Straße südlich des U-Bahnhofs Pankow ist besonders hoch, da hier mehrere Hauptverkehrsstraßen aufeinander treffen. Besonders im Berufsverkehr bilden sich immer wieder Staus und kommt es zu unübersichtlichen Verkehrssituationen. Deshalb soll das Bezirksamt umgehend prüfen, wie die problematische Situation an der Kreuzung verbessert werden kann, um die Verkehrssicherheit für Fußgänger und Fahrradfahrer zu erhöhen. So ist zum Beispiel vorstellbar, durch eine Optimierung der Ampelschaltung längere Grünphasen für Fußgänger zu erreichen und Fahrradfahrer durch deutliche Markierungen besser über die Kreuzung zu geleiten. Der Antrag sieht vor, die Arbeitsgemeinschaft Verkehrssicherheit des Bezirks in die Lösungsfindung mit

einzu beziehen. Der BVV sind entsprechende Vorschläge zur 28. BVV am 11. November 2009 zu unterbreiten.

Große Anfrage Konflikte um „Marthashof“

Die Bürgerproteste gegen das Bauvorhaben „Marthashof“ in der Schwedter Straße 37-40 im Prenzlauer Berg ebbt nicht ab. Tatsächlich scheint es Abweichungen des Ergebnisses des von der BVV geforderten Gutachterverfahrens für das betroffene Grundstück und den nun konkret vom Bezirksamt genehmigten Gebäuden zu geben. Dies ist insofern brisant, wie das Bezirksamt gegenüber der BVV den Eindruck vermittelt hat, dass eine Absicherung der Ergebnisse über ein Bebauungsplanverfahren nicht notwendig sei. Nunmehr scheint es aber so, dass in der Praxis genau das passiert ist, was die BVV verhindern wollte, nämlich eine Bebauung, die zu schwerwiegenden und unnötigen Konflikten im Kiez führt. Die Große Anfrage soll hier Aufschluss geben.

Pressemitteilungen vom 17. Juni 2009 Mehr Sicherheit durch Schulcampus

„Was die Rosa-Luxemburg-Oberschule braucht, ist ein richtiger Campus. Die Lösung mit einer Gehwegvorstreckung bringt nicht viel. Deshalb muss dieser Bereich für den Verkehr dicht gemacht werden. Nur so können wir den Schülerinnen und Schülern Sicherheit bieten“, erläutert der SPD-Bezirksverordnete Klaus Mindrup das Anliegen eines Antrages, den die SPD-Fraktion bei der heutigen Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow eingebracht hat. Der Antrag sieht vor, zunächst den Abschnitt der Borkumstraße hinter dem Schulgebäude zu entwidmen. Dann kann die Straße zwischen der Hausnummer 17a und der Einmündung in die Neumannstraße für den Fahrzeugverkehr geschlossen werden. Der Straßenabschnitt muss dann gemäß §4 Berliner Straßengesetz eingezogen werden und die Fläche dem Schulgelände zugeschlagen werden, erklärt Mindrup das Verfahren. In einem letzten Schritt müsse ein Konzept vorgelegt werden, das die Borkumstraße räumlich und baulich in das Gesamtkonzept des Schulstandortes einbezieht, um so die Entwidmung rechtlich abzusichern.

SPD will mehr Kleingärten in Pankow

Die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow setzt sich dafür ein, dass im Bezirk neue Kleingartenanlagen im Sinne des Bundeskleingartengesetzes (BKleing) geschaffen werden. „Gerade in so einwohnerstarken Bezirken wie Pankow stellen Kleingartenanlagen eine wichtige Stütze der Gestaltung des sozialen Lebens dar. Bürgerinnen und Bürger können entspannen und die Natur genießen. Der Wert der Kleingärten ist immens“, erklärt dazu der SPD-Bezirksverordnete Torsten Hofer, Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Natur. Vor diesem Hintergrund hat die SPD-Fraktion einen Antrag in die BVV eingebracht mit dem Ziel, dass das Bezirksamt prüft, ob es in seinem Fachvermögen über attraktive Flächen verfügt, die für eine kleingärtnerische Nutzung geeignet sind. In einem weiteren Schritt soll es sich einen Überblick über die Nachfrage nach Parzellen im Bezirk verschaffen. Danach soll das Bezirksamt der BVV einen Vorschlag für die neu zu schaffenden Kleingartenanlagen unterbreiten. Beteiligt werden an diesem Verfahren müsse auch der bezirkliche Kleingartenbeirat, so Hofer. Die SPD-Fraktion geht davon aus, dass die Nachfrage nach Kleingärten schon jetzt groß ist und nicht durch die vorhandenen Anlagen befriedigt werden kann. Zudem zeichnet sich ab, dass der Bedarf nach einer eigenen Parzelle im Zuge des zu erwartenden

Bevölkerungswachstums weiter zunehmen wird. Gerade finanzschwache Bürgerinnen und Bürger – zum Beispiel Familien mit Kindern – können sich durch die geringe Pacht ein „eigenes Grundstück“ leisten.

Das nächste FraktionsInfo erscheint zur 27. BVV-Sitzung, die am 23. September 2009 stattfindet, und kann unter www.spd-fraktion-pankow.de herunter geladen werden.